
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL: LANDESREGIERUNG MUSS STARRE HALTUNG IN DER WOLFSPOLITIK AUFGEBEN

07.09.2023

- **Hessische Ministerin hat Bedrohung nicht erkannt**
- **Zahl der Wölfe muss begrenzt werden**
- **Gutachten zeigt Handlungsmöglichkeiten auf**

Wiebke KNELL, jagd- und umweltpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat die Landesregierung aufgefordert, ihre starre Haltung in der Wolfspolitik aufzugeben und sich einer Wende in der Wolfspolitik nicht länger in den Weg zu stellen. „Dass sich die grüne Bundesumweltministerin seit kurzem für einen einfacheren Abschuss von sogenannten Problemwölfen ausspricht, ist erst mal nur ein kleiner Schritt, dem darüber hinausgehende konkrete Handlungen folgen müssen. Aber in Hessen hat die grüne Umweltministerin bislang selbst kleinste Signale vermissen lassen, dass sie die Bedrohung durch den Wolf erkannt hat und die Sorgen der Menschen, vor allem der Tierhalter, ernst nimmt. Ziel muss ein Bestandsmanagement sein“, erklärt Knell und bekräftigt in diesem Zusammenhang ihre Forderung nach einer Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht sowie einer eigenen Wolfsverordnung für Hessen.

Knell ist dankbar, dass auf europäischer und bundespolitischer Ebene Bewegung in die Wolfsthematik gekommen ist und die FDP-Bundestagsfraktion entsprechend Druck auf die Bundesregierung macht. „Vor dem Hintergrund exponentiell steigender Wolfzahlen muss die Anzahl der in Deutschland lebenden Wölfe begrenzt werden. Bei anderen Wildtierarten ist das auch der Fall; der Wolf darf hier keine Ausnahme bilden. Das muss auch bei den Grünen in Hessen ankommen.“ Bestätigt sieht sich Knell durch ein von der FDP-Bundestagsfraktion in Auftrag gegebenes [Gutachten](#). Dieses zeigt auf, dass ein differenziertes Wolfsmanagement praktikabel und rechtssicher umsetzbar ist, und liefert konkrete Lösungsvorschläge, wobei sowohl der Schutz der Wölfe als auch

gesellschaftliche Interessen berücksichtigt werden.

Aufbauend auf dem Gutachten hat eine Arbeitsgruppe von FDP-Agrarpolitikern in Bund und Ländern sowie der Delegation im Europäischen Parlament einen [Zehn-Punkte-Plan](#) für einen zeitgemäßen Umgang mit dem Wolf vorgelegt. „Artenschutz und Akzeptanz der Wölfe müssen zusammen gedacht werden. Dazu gehören auch eine realitätsgetreue Abbildung des Wolfsbestands und eine aktive Regulierung des Bestands“, fordert Knell, die die Sprecherin dieser Arbeitsgruppe ist.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de